

Liebe Leser:innen!

Willkommen zur 18. Ausgabe des Newsletters **MehrWERT** der [Forschungsstelle für Werteerziehung und Lehrer:innenbildung](#). Weitere Gedanken zum Thema Demokratieerziehung möchten wir mit Ihnen teilen. Wir freuen uns sehr über die Anregungen von Frau Prof. Dr. Sabine Achour, die Sie unter **derRedeWERT** nachlesen können. Sie beleuchtet besonders die Zusammenhänge von Demokratieerziehung und Bildungs-(Un-)Gerechtigkeit – sehr **bedenkensWERTE** Ansätze mit konkreten Ermutigungen. Der Vielklang der Fächer und Schularten verbindet sich in der Rubrik **empfehlensWERT** zum musikalischen Einklang – wir stellen Ihnen ein ganz besonderes Angebot zur Werteerziehung vor, das in diesem Jahr an den Start geht.

wissensWERT

Sehr herzlich einladen dürfen wir Sie an dieser Stelle zu einer besonderen Veranstaltung der Forschungsstelle zum Abschluss des Semesters:

Der „**Markt der Ideen**“ am **09.02.2023** eröffnet unsere neue Reihe „**Phasenverbindende Gespräche in der Lehrer:innenbildung**“. Hier werden Unterrichtliche Konkretionen aus der Seminarveranstaltung „Tierisch guter Literatur“ präsentiert.

Biene Maja, Pu der Bär oder Bambi: Tiere gehören zur Literatur – von den klassischen Fabeln und Märchen bis hin zu Klassikern der Kinder- und Jugendliteratur – und auch heute lassen sich unzählige Beispiele für Tiere in der Literatur ausmachen. Ihre Funktionen sind dabei so unterschiedlich wie die Tierarten selbst, die in den Texten in Erscheinung treten. Sie können Stellvertreter, Helferfigur, Freund, Held, Gegenspieler oder Bedrohung verkörpern. Gespiegelt und bewertet wird das Verhältnis von Mensch, Natur und Tier im Wandel der Zeit. Das Wechselspiel von ästhetischen Darstellungsstrategien und ethischen Fragestellungen ist immer wieder faszinierend.



Ausgehend von den Entwürfen der Studierenden soll im Dialog mit Lehrpersonen aus Phase 2 und 3 reflektiert werden, wie sich eine unterrichtliche Umsetzung realisieren lässt. Ergänzt wird das Gespräch durch eine kleine Ausstellung lezenswerter Bücher, in denen Tiere eine tragende Rolle spielen.

Die Veranstaltung findet von **16 bis 19.30 Uhr in Schellingstr. 3/ RG Raum 209** statt; eine Anmeldung über **fibs** ist möglich oder aber Sie melden sich direkt bei uns. Eingeladen sind Lehrpersonen aus allen Schularten; wir freuen uns auch auf Gäste, die nicht das Fach Deutsch unterrichten. Gerne können Sie uns eine Mail senden an eva.hammer-bernhard@germanistik.uni-muenchen.de.

Ein schöner Anlass, Ihnen als unseren Leser:innen auch in Präsenz begegnen zu können – wir freuen uns auf Sie!

DerRedeWERT

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bewirbt derzeit in einer Kampagne das seit 2015 existierende Programm „Demokratie leben!“. Gleich im ersten Satz heißt es auf der zugehörigen [Website](#): „Unsere Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden“. Ein Ort, an dem sich Lehrende und Lernende täglich dieser Herausforderung stellen, ist die Schule. Sie bietet vielfältige Übungsmöglichkeiten und Handlungsfelder jenseits individueller „Blasen“ im privaten Kontext.

Viele Ereignisse haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass unsere Vorstellung von Demokratie nicht selbstverständlich als gesellschaftlicher Konsens wahrgenommen werden darf. Demokratie muss verteidigt werden gegen Anfragen und Angriffe. Welche Verteidigungsstrategien können Ihrer Meinung nach im Bildungsbereich eingeübt werden? Was sind die Bedingungen dafür, dass diese Verteidigung gelingen kann?



Damit wir Demokratie und ihre Freiheiten als etwas Wertvolles begreifen, ist es am „effektivsten“, dass wir dies selbst auch so erfahren. Mit Oscar Negt lässt sich sagen, dass es dazu einer Demokratisierung ALLER Lebensbereiche bedarf. Wenn wir an Orten wie Schule, aber auch im Beruf, im Kontakt mit Verwaltungen, als Eltern in der Kita und Schule Möglichkeiten offener Interessenvertretung, kollektiven Handelns und Solidarität erfahren, scheint damit auch eine deutlichere Ablehnung von Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus sowie eine höhere Wertschätzung der Demokratie einherzugehen. Das legen Ergebnisse der Leipziger Autoritarismusstudie nahe, aber auch unsere Forschung zu politischer und Demokratiebildung an Schulen. Darüber hinaus müssen für die „Verteidigung unserer Demokratie“ gerade die gestärkt werden, die sich dafür engagieren und Haltung zeigen gegenüber antidemokratischen und menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen. Wenn Lehrer:innen, Schulleitungen und pädagogisches Personal diesbezüglich Vorbilder sind, Diskriminierungen und antidemokratische Äußerungen als solche markieren, Betroffenen zur Seite stehen und gemeinsam solche Vorfälle bearbeiten, ist dies eine wichtige Grundlage dafür, dass auch junge Menschen sich für die Demokratie und ihre Werte einsetzen.

Oft richtet sich der Blick gerade im Bildungsbereich i.S. von „Prävention“ und entsprechend aufgelegter Programme auf diejenigen, die als potentielle „Gefährder:innen“ dargestellt werden. Das ist ein völlig falsches Bild von politischer Bildung und Demokratiebildung. In der politischen Bildung sind erst einmal alle willkommen, sie sieht auch die sog. „Zielgruppenorientierung“ sehr kritisch. Oft werden Teilnehmenden Merkmale zugeschrieben wie „bildungsfern“ oder „demokratiedistant“, teils in Verbindung mit einer bestimmten Religion oder dem Herkunftsland von Eltern oder Großeltern. Das ist diskriminierend und keine pädagogisch-professionelle Perspektive auf Lernende. Demokratiebildung soll im Idealfall von den Teilnehmenden gestaltet und mitbestimmt

werden, sie sollte kein Präventionsprogramm „des Staates“ sein. Solche Formen der Diskriminierung von potentiellen Adressat:innen stehen auch im Widerspruch zu den Grundsätzen von Demokratie, sie erscheint eher als exklusives Konzept, sie macht weniger Angebote zur Teilhabe, als dass sie Forderungen „vermeintlich richtigen Verhaltens“ stellt.

Auf die Lehrpersonen kommt es auch mit Blick auf die politische Bildung an. In einem Interview haben Sie Lehrkräfte als „Gatekeeper“ beschrieben. In diesem Bild fungieren Lehrpersonen als Türsteher oder Torwächter am Zugang zur Bildung. Wer in unserem Bildungssystem „außen vor“ bleibt, zeigt die von Ihnen und Susanne Wagner durchgeführte Studie „Wer hat, dem wird gegeben“ aus dem Jahr 2019¹. Können Sie für unsere Leser:innen zentrale Ergebnisse zusammenfassen?



Der Titel mit Verweis auf das Matthäusprinzip unterstreicht einen der zentralen Befunde und damit die besonderen bundesweiten Herausforderungen:

Das Angebot von Demokratiebildung und politischer Bildung verteilt sich zwischen den Gymnasien und nichtgymnasialen Schulformen häufig ungleich, und zwar zugunsten der Gymnasialschüler:innen. Zugleich ist an den Gymnasien die Schüler:innenschaft soziokulturell in der Regel privilegierter. Während dort etwa die Hälfte über einen hohen soziokulturellen Hintergrund verfügt, sind es an den nichtgymnasialen Schulformen lediglich um die 20%. Wir konnten bundesweit knapp 3400 Lernende aller Schulformen (inklusive Berufsschulen) ab Klasse 9 befragen. Die Lernenden an den Gymnasien berichteten zugleich von mehr politischer Bildung, sowohl als Unterrichtsfach als auch hinsichtlich außerunterrichtlicher Demokratiebildung (z.B. Projekte, Schüler:innenzeitung, Schüler:innenvertretung etc.). Ebenfalls bewerteten sie die Angebote als hochwertiger, also kontroverser, handlungs- und problemorientierter als die Lernenden an nicht-gymnasialen Schulformen. Zugleich zeigten die Schüler:innen an den Gymnasien ein höheres Demokratievertrauen und Partizipation(sbereitschaft) sowie eine deutlichere Ablehnung von Menschenfeindlichkeit und antidemokratischen Aussagen. Auffällig ist allerdings, dass sich die Einstellungsmuster angleichen, sobald in die Angebote von politischer Bildung und Demokratiebildung quantitativ und qualitativ investiert wird. Bspw. unterscheiden sich die politischen Einstellungen in der gymnasialen Oberstufe an Gymnasien und nichtgymnasialen Schulformen nicht mehr – also wenn aufgrund des Kurssystems die Unterrichtszeit die gleiche ist. Ebenfalls zeigte sich, dass die Lernenden, die in einem Schuljahr an „viel Demokratiebildung“ (fünf Angebote und mehr) teilgenommen haben, ein höheres Demokratievertrauen, eine höhere Partizipationsbereitschaft sowie eine deutlichere Ablehnung von Menschenfeindlichkeit und Demokratiedistanz aufwiesen als diejenigen Schüler:innen, die an „wenig Demokratiebildung“ (drei Angebote und weniger) teilnehmen konnten.

Für uns konnten wir daraus zwei zentrale Schlüsse ziehen: 1. Politische Bildung und Demokratiebildung als Fach sowie außerunterrichtlich können eine positive Wirkung auf politische Einstellungen haben und sollten daher an Schulen gut aufgestellt sein. 2. Politische Bildung

und Demokratiebildung sollte v.a. dort gestärkt werden, wo sie besonders gebraucht wird und bisher weniger umfassend aufgestellt ist: an nichtgymnasialen Schulformen.

Demokratische Prinzipien sind im Rahmen der politischen Bildung auch und gerade an Schulen einzuüben. Denn Schulen sind wertvolle Orte, an denen vielfältigste Teile der Gesellschaft aufeinandertreffen. Welche Formen antidemokratischen Denkens und Verhaltens beobachten Sie in Schulen vorrangig? Welche Möglichkeiten der Intervention sind Ihrer Erfahrung nach besonders wirkungsvoll?

Die Vielzahl „antidemokratischer“ Situationen lassen sich im Kleinen beobachten. Es sind verbale Verletzungen, Diskriminierungen, Rassismus, Nicht-Zuhören, Wegschauen – und zwar nicht nur zwischen Lernenden, sondern von Seiten der Lehrenden. Schule ist dann kein geschützter Ort in der Demokratie. Hier bedarf es in der Lehrer:innenbildung eine breit angelegte Professionalisierung in allen drei Phasen.



Vorfälle im Kontext von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit werden nicht allein von Lernenden in die Schule getragen, sondern auch von Lehrenden. Hier ist es für Kollegien und Schulleitungen bspw. besonders herausforderungsvoll, Lösungen und Handlungsstrategien umzusetzen. Im Idealfall werden auch sie von Expert:innen von außen begleitet. Es wird ersichtlich, wie wichtig die Öffnung von Schule – als Institution in der Demokratie – nach multiprofessioneller und auch außerschulischer Expertise von außen ist. Schließlich lassen sich von außen Angriffe auf die demokratische Schule beobachten, insbesondere von rechten Gruppierungen und der AfD. Ein Beispiel sind die sog. „Meldeportale“, aber auch Vorstöße zu fragwürdigen Schulgesetzänderungen oder etliche Anfragen der AfD, z.B. mit welchen Trägern außerschulischer politischer Bildung Schulen kooperieren. Gern wird hier versucht, den Schulen Indoktrination zu unterstellen, so dass einige Lehrer:innen stark verunsichert sind und sich möglicherweise nicht mehr trauen, Projekte und Initiativen durchzuführen. Die Daten, die hier zur Verfügung gestellt werden (müssen), hinterlassen ein ungutes Gefühl. Kultusministerien sollten die Schulen in ihrer Demokratiearbeit so gut es geht unterstützen, mit Haltung zur Seite stehen.

In Ihrem Beitrag zur Veröffentlichung der Studie „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021“² formulieren Sie „neun Appelle zur politischen Bildung“; der Untertitel lautet: „Demokratie muss man machen.“ Und hier schließt sich unsere Frage an: Wie wird gelingende Demokratieerziehung an Schulen „gemacht“?



Bei der Ausgestaltung von echter demokratischer Unterrichts- und Schulkultur ist sicherlich noch viel Luft nach oben und Kreativität sowie Powersharing gefragt – zumindest, wenn man es mit der Demokratie in der Schule ernst meint. Dazu gehört auch, Möglichkeiten zu identifizieren, in denen Mitbestimmung und Mitsprache möglich ist, auch wenn es um den „Kern“ von Schule geht: Noten, Unterrichtsinhalte, Lehrer:innen, Haushalt. Warum haben Schüler:innen bspw. keine Mit-

sprache- oder Feedbackmöglichkeiten in Examensprüfungen von Referendar:innen? Wie können Unterrichtsinhalte gemeinsam abgesprochen und möglicherweise auch gestaltet werden? Wie kann Lernen aussehen, das es allen Spaß macht? Das beschränkt sich bei weitem nicht auf die Fächer der politischen Bildung.

Aber gerade die politische Bildung hat so viele Möglichkeiten, echte Lernanlässe und Lernumgebungen zu schaffen, die reales politisches Handeln bzw. Demokratieerfahrungen möglich machen. Wahrscheinlich würden die Schüler:innen über solche Lernwege viel mehr an „Inhalten“ lernen, als durch klassische Lehr-Lernsettings.

Häufig ist auch schon das demokratisch-kommunikative Setting ein großer Gewinn für Lehr-Lernprozesse. Wenn ich unsere Studierenden im Praxissester besuche, stelle ich auch immer mal wieder fest, dass wunderbare Stunden didaktisch geplant sind, aber die sozial-kommunikative Ebene so gut wie nicht existent ist. Lernen kann so nicht funktionieren. Politische Bildung und Demokratiebildung sind erst einmal v.a. Beziehungsarbeit.

Im Zusammenhang der Studienergebnisse weisen Sie einerseits auf die hohe Bedeutung der „Mentalisierungsfähigkeit“ (Die geforderte Mitte 2021, 320f.) hin, stellen aber andererseits gleichzeitig fest: „Der Zugang zur demokratischen Schutzfunktion der Mentalisierung ist in Deutschland ist [...] schon früh ungleich verteilt.“ (321) Kann eine Veränderung der Lehrer:innenausbildung einen Beitrag zur Förderung dieser Schutzfunktion leisten?



Ich beobachte, dass sich in der 1. Phase der Lehrer:innenbildung sehr viel tut. Die Studierenden haben eine sehr viel höhere Sensibilität für die Bedeutung von Perspektivenwechseln, Empathie, Ambiguitätstoleranz, Fragen zu Rassismuskritik, Kontinuitäten in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft. Das mag alles noch breiter implementiert werden müssen, aber Demokratiebildung hat in den letzten Jahren als Querschnittsaufgabe im Studium einen sehr viel höheren Stellenwert erlangt, als sie es in den letzten gut 20 Jahren hatte.

Mein Eindruck ist eher, dass das Problem in der Schulrealität liegt. Die Studierenden kommen mit all diesem Wissen, ihren Überzeugungen und ihrer Handlungsbereitschaft an die Schulen. Sie treffen aber dort häufig auf Strukturen, die Rassismen, Diskriminierungen, ungleiche Machtverhältnisse reproduzieren. In ihrer Rolle als Praktikant:innen oder Referendar:innen ist es besonders herausfordernd, für eine „andere, für eine demokratische Schule“ einzustehen. Oft sind es ja die kleinen Situationen, in denen man aktiv werden muss und das kostet viel Kraft und Mut – gerade in Ausbildungssituation.

Wenn wir von der Lehrer:innenbildung sprechen, braucht gerade die Fortbildung eine besondere Aufmerksamkeit, also die Kolleg:innen, die „im laufenden System“ tätig sind. Diese müssen wir mit professionell aufgestellten, nachhaltigen Programmen erreichen. D.h., keine „one-shot-Angebote“ am Nachmittag für drei Stunden, sondern längerfristige Begleitung für demokratische Schulentwicklungsprozesse und v.a. Raum i.S. von Zeit für Kolleg:innen, Implementierungen zu reflektieren, gegenseitig zu hospitieren, sich als Team wahrnehmen zu können und Instrumente weiter zu entwickeln.

Mein Eindruck ist, dass es besonders schwerfällt, in dem schulischen Alltag mit all seinen Anforderungen, knapper Zeit, mangelnder Personalressourcen, zunehmender Herausforderungen insb. an nicht-gymnasialen Schultypen, fehlenden Rückzugsmöglichkeiten für kreatives Arbeiten und Reflexion Veränderungen anzustoßen. Ich bin überzeugt, dass die meisten Kolleg:innen diesen Beruf mit einem demokratischen pädagogischen Selbstbild gewählt haben.

Hilfreich wäre es schon, wenn Lehrer:innen von Dingen wie Administration, Kopieren, Abrechnungen von Klassenfahrt bspw. entlastet werden würden, damit sie mehr Zeit für demokratische „Beziehungsarbeit“ hätten. Wenn unser Bildungssystem es schafft, Lehrer:innen in ihrem demokratischen Selbstbild bei der Umsetzung zu unterstützen, wäre viel für eine demokratische Schule getan.



Über unsere Gesprächspartnerin:

Sabine Achour ist Professorin für politische Bildung und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Rahmen ihrer Forschung beschäftigt



sich Sabine Achour mit Herausforderungen für die politische Bildung in einer von Diversität, aber auch zunehmenden sozialen Ungleichheit geprägten Gesellschaft. Im Zentrum steht der Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, Flucht und Migration, Inklusion, durchgängiger Sprachbildung und religiöser Pluralität. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift POLITIKUM, die einen breiten Wissenschaftstransfer zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen zum Ziel hat.

- 1) Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung. Abrufbar unter: [Politische Bildung an Schulen \(fes.de\)](https://www.fes.de/Politische-Bildung-an-Schulen)
- 2) Zick, Andreas; Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.



empfehlensWERT

(von Lea Antony, Projektinitiatorin, stellv. Präsidentin von Jeunesses Musicales Bayern und wiss. Mitarbeiterin an der LMU München)

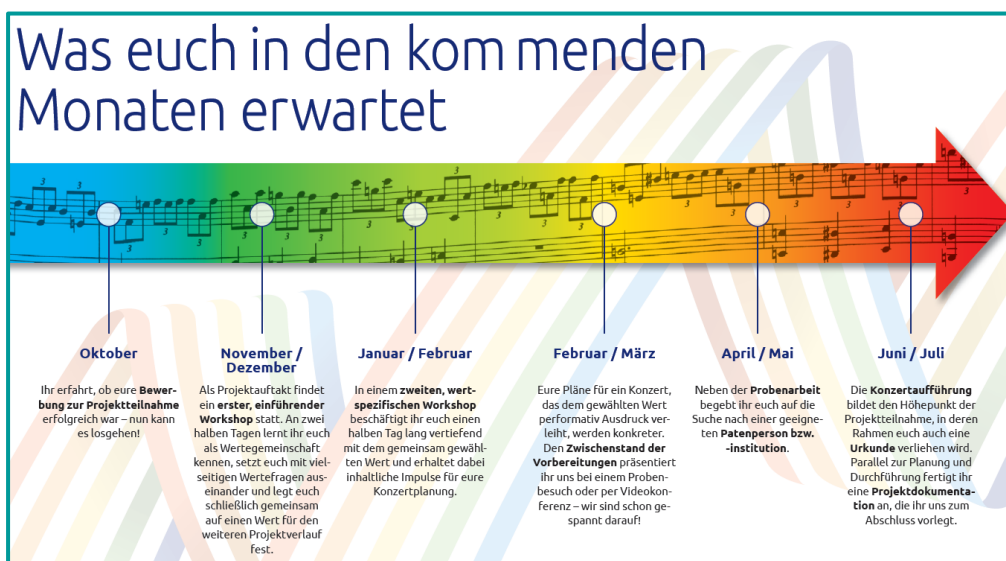
Was verstehen wir eigentlich unter Werten? Welche individuellen Werthaltungen bringen wir mit? Und welche Werte teilen wir innerhalb unserer Orchester- bzw. Chorgemeinschaft?

Mit diesen und weiteren Fragen befassen sich Teilnehmende am Projekt „im einKLANG – jugendensembles leben WERTE“, das *Jeunesses Musicales Bayern* ins Leben gerufen hat und im Schuljahr 2023/24 erstmals durchführen wird. Es lädt junge Musizierende dazu ein, das gemeinsame Musizieren und das Nachdenken über Wertefragen miteinander zu verbinden.

Musik stiftet Verbundenheit in einer Gemeinschaft und zugleich

bildet eine WERTschätzende Begegnung die Grundlage qualitativ hochWERTigen Musizierens.

In Kooperation mit der *Forschungsstelle Werteeerziehung und Lehrer:innenbildung* wurde ein Workshop-Format entwickelt, im Zuge dessen Jugendliche das Wesen von Werten ergründen und sich persönlicher Werthaltungen bewusst werden können. Jedes teilnehmende Ensemble einigt sich in demokratischer Weise auf einen Wert, mit dem es sich im weiteren Projektverlauf intensiv auseinandersetzen möchte, und plant unter maßgeblicher Beteiligung der Jugendlichen ein Konzert, das den gewählten Wert performativ zum Ausdruck bringt – etwa durch die Wahl eines zum Wert passenden Programms, durch die Entscheidung für eine entsprechende Spielstätte oder ein geeignetes Spendenziel der Konzerteinnahmen.



Nicht Wertevermittlung, sondern Wertereflexion ist Anliegen und Ziel des Projekts.

Über den gesamten Projektverlauf hinweg wird auf ein hohes Maß an Aktivierung der teilnehmenden Ensembles gesetzt. Denn reflexive Wertebildung kann nur in der aktiven Beschäftigung mit Wertefragen jedes:r Einzelnen sowie in der Gruppe gelingen. Aus diesem Grund ist bereits die gemeinsame Entscheidung für eine Bewerbung eine wichtige Voraussetzung für die Projektteilnahme. Das Workshop-Format ist per se darauf ausgerichtet, die Teilnehmenden zur selbstständigen Auseinandersetzung mit den und Reflexion der jeweiligen Inhalte zu befähigen – Entdecken und Handeln anstelle von Belehrung und Anleitung.

Vor dem Hintergrund der Werteppluralität innerhalb der Orchester- bzw. Chorgemeinschaft erfordert die demokratische Einigung auf einen für das Projekt zentralen Wert einen Aushandlungsprozess mit aktiver Beteiligung. Mit der Festlegung auf nur einen Wert wird für die musikalische Umsetzung eine Fokussierung erreicht und einer potenziellen Überforderung angesichts der weiten Wertelandschaft vorgebeugt. Gleichzeitig intensiviert sie den argumentativ-reflexiven Aushandlungsprozess und bewahrt vor werterelativistischer Beliebigkeit.

Ferner sind die Jugendlichen mehr als sonst üblich gefordert, wenn es um die Planung und Vorbereitung eines Konzertes geht. Zusätzlich zum individuellen Üben und der gemeinsamen Probenarbeit tragen sie Verantwortung für Entscheidungen bezüglich der Auswahl von Stücken, einer geeigneten Spielstätte, der Werbung für das Konzert und vieles mehr. Dabei kann sich in bestehenden Ensembles das Vorhandensein etablierter Strukturen zur Planung und Organisation von Konzerten durchaus auch als Herausforderung für die Selbsttätigkeit der Jugendlichen erweisen. Jedoch bietet die Projektteilnahme zugleich eine echte Chance, solche Gegebenheiten – womöglich zum ersten Mal – bewusst wahrzunehmen und letztlich auch – mindestens in Teilen – zu überwinden, indem emanzipatorische Prozesse in Gang gesetzt werden und langfristig zu demokratisch-partizipatorischen Strukturen im Ensemble beitragen.

Ein demokratisches, wertvolles Miteinander ist erlernbar – die intensive Begegnung, die das gemeinsame Musizieren bereithält, ermöglicht und fördert eben solche Lernprozesse, auch im außerschulischen Bereich. In diesem Sinne versteht sich das Projekt „im einKLANG“ als konstruktiven Beitrag und echte Chance für die teilnehmenden Ensembles ebenso wie für unsere demokratisch verfasste, wertepurale Gesellschaft.

Weitere Informationen zum Projekt und den Teilnahmemöglichkeiten können im [Begleitheft](#) sowie auf der [Website von Jeunesses Musicales Bayern](#) nachgelesen oder bei der Geschäftsstelle erfragt werden (info@jeunesses-musicales.bayern).

Projekträger

Eingebettet in die weltweite Organisation *Jeunesses Musicales International* fördert und vernetzt der Landesverband *Jeunesses Musicales Bayern* engagierte junge Musizierende in über 40 Mitgliedsensembles und darüber hinaus. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Projekte entwickelt und durchgeführt, bspw. das Jugendorchester-Festival „AUFTAKT!“ und der Wettbewerb „Jugend komponiert Bayern“.



Förderer & Partner



mehr MehrWERT

Der nächste **MehrWERT** erscheint im Februar und beschäftigt sich mit einem neuen Themenkomplex. Wenn Sie Abonnent:in werden wollen, melden Sie sich [hier](#) an. Und wenn Sie uns im [Kontaktformular](#) von Ihren Erfahrungen berichten wollen, freuen wir uns!